

WOHNUNGSBAU

„Faires Angebot“



Verkehrsminister Peter Ramsauer, 58, über teure Studentenwohnungen und die Verantwortung der Länder

SPIEGEL: Müssen Studierende künftig angesichts der Wohnungsnot in den Uni-Städten um ihre Unterkunft bangen?

Ramsauer: Studenten müssen ordentlich und bezahlbar wohnen können. Dazu brauchen sie auf dem Wohnungsmarkt ein faires Angebot. Sie dürfen nicht Spielball von Preistreibern werden. Es kann nicht sein, dass wir in den Stadtzentren nur noch aufpolierte Luxusapartments sehen und preiswerter Wohnraum immer mehr verschwindet. Nach unseren Zahlen fehlen in Deutschland grob geschätzt 70 000 Studentenwohnungen. Mich wundert manchmal, dass die Studenten sich das Geschäftsgebaren mancher Vermieter oder Makler bieten lassen.

SPIEGEL: Am Dienstag treffen Sie Vertreter von Studentenwerken und Immobilienwirtschaft, um über das Problem zu reden. Wie wollen Sie die Wohnungsnot lindern?



Wohnheim in Dresden

JÜRGEN LOESEL / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Ramsauer: Sozialer Wohnungsbau ist vor allem Sache der Länder. Die Mängel kann man aber nur abstellen, indem man Wohnungen baut. Je größer das Angebot, desto gedämpfter die Preise. Das sehen wir zum Beispiel in Uni-Städten wie Leipzig. Der Bund gibt den Ländern jedes Jahr 518 Millionen Euro für die soziale Wohnraumförderung. Dieses Geld muss aber auch zum Bauen eingesetzt werden.

SPIEGEL: Die Mittel werden von manchen Ländern nur sehr zögerlich verbaut. Woran hapert es?

Ramsauer: Es gibt Länder, die setzen auf den sozialen Wohnungsbau und sind da sehr aktiv. Nordrhein-Westfalen gehört dazu, Bayern und auch Hamburg. Und es gibt Länder, die kaum oder gar kein Geld in den sozialen Wohnungsbau stecken, Bundesgelder also nur wenig oder gar nicht abrufen. Bremen etwa, Mecklenburg-Vorpommern oder Berlin. Bei meinem Gespräch am Dienstag will ich wissen, warum das so ist.

SPIEGEL: Ein Vorschlag von Ihnen ist, leerstehende Bundeswehr-Kasernen in Studentenwohnheime umzuwandeln.

Ramsauer: Wir haben bereits gute Beispiele dafür, etwa in Augsburg die Studentenwohnanlage im Prinz-Karl-Viertel. In Heidelberg, Darmstadt oder Mannheim gibt es ebenfalls militärische Liegenschaften, die nicht mehr als solche gebraucht werden. Hier müssen wir ansetzen.

DIPLOMATIE

Schwierige Geschichte

Das Auswärtige Amt plagt sich mit der braunen Vergangenheit seiner Diplomaten. Es geht um über 200 bundesdeutsche Botschafter, Generalkonsuln und Konsuln, deren Porträts in den „Ahnengalerien“ der Auslandsvertretungen hängen und die als Nazi-belastet gelten. 2010 hatte Minister Guido Westerwelle Order erteilt, die Bilder mit „erläuternden Texten“ zu versehen. Der Historiker Lars Lüdike übernahm die Aufgabe und hat jetzt aufgegeben – weil oft zu wenig über die Ex-Diplomaten vorliegt. Etwa über Werner Junker, ab 1956 Botschafter in Buenos Aires: Kein Dokument belegt

eine Teilnahme des NSDAP-Mitglieds an Verbrechen, auch wenn sein Dienst auf dem Balkan 1944 ein ungutes Gefühl hinterlässt. Zudem steht Junker im Verdacht, flüchtigen Mördern wie dem Holocaust-Organisator Adolf Eichmann in Argentinien geholfen zu haben. Freilich kann Junkers einstiger Arbeitgeber derartige Vermutungen kaum verkünden. Und schon gar nicht lässt sich heute einem argentinischen Besucher der Botschaft in Buenos Aires die Rolle Junkers auf dem Balkan in wenigen Zeilen vermitteln. Statt Bildtexten schreibt Lüdike nun für die Auslandsvertretungen eine 60-seitige Broschüre mit „exemplarischen“ Geschichten jener Diplomaten, deren Vita unter Hitler eindeutig zu klären ist. Für Leute wie Junker wird darin voraussichtlich kein Platz sein.